

# Weißeritz-Zeitung

Sageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirkes

**Zeugungspreis:** Vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Str. 3. Gemeindefonds-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsstelligen Nummern 1/2 Pf. außerhalb des Umkreises 1 Pf. in amtlichen Zeitungen 1 Pf. — Einzelnummern 1/2 Pf. — Anzeigen 1 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr 259

Sonntag den 5. November 1922

88. Jahrgang

## Sparkasse Dippoldiswalde.

Mündelsicher!

Tägliche Verzinsung!

Zinssatz ab 1. Januar 1923 erhöht auf 4 %.

Ueber 20 Millionen Einlegerguthaben.

Gehobeltungspflicht!

Gemeinde-

Sparkasse Girokasse

Schmiedeberg Bez. Dresden

Fernsprechanschluß: Schmiedeberg-Ripsdorf 27. — Postfach-Konto: Girozentrale Sachsen, Dresden, Nr. 16100 Dresden. Geschäftszeit:

8—12 und 3—4 Uhr, vor Sonn- und Festtagen 8—12 Uhr.

Tägliche Verzinsung der Einlagen.

Aufbewahrung und Verwaltung sowie Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren und Aktien.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt ist die Sparkasse Vermittlungstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Errichtung von Spareinlagen und Eröffnung von Girokonten gegen tägliche Verzinsung. — Ueberweisung von Zahlungen nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes, in dringenden Fällen im Wege der Überweisung. — An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln. — Ausstellung von Reisekreditbriefen. — Einziehung von Wechseln, Schecks und Pfandweisungen.

## Vertilgtes und Sächliches

Dippoldiswalde. Der heutige Sonntag ruft zur Wahl, wer aber seiner Pflicht genügt hat, der wird sich dann auch gern den verschiedenen Kirchengemeinden hingeben. Muß auch gegen früher manches unterbleiben, kann die Hausfrau auch nicht, wie einst, einen Gänsebraten und Berge von Kuchen auf den Tisch stellen, ein gutes Stück Fleisch wird sie doch geholt und für etwas Gedachenes geforgt haben. Wie immer wird am Sonntagabend der Männergesangsverein im Schützenhause ein Konzert veranstalten. Das Programm weist eine große Zahl prächtiger Gesangsstücke, Männerchöre, gemischte Chöre und Duette auf, während Fräulein Hofmann-Lauenstein und Kantor Herklotz auf zwei Klavieren Musikstücke und der hier bestens bekannte K. Heinz Katterfeld Rezitationen darbieten werden. — Montagabend findet in der Reichshrone ein Sinfonie-Konzert der Kapelle Helbig, ehemalige Schützenregiments-Kapelle, statt. Dieses Musik-Korps ist hier bestens bekannt und wird ihren guten alten Ruf zu wahren wissen. Ist aber das Wetter schön, dann nur einen Spaziergang hinaus ins Freie unternommen, die letzten Herbsttage genießen. Auch in den übrigen Orten unseres Kirchspiels hat man zur Kirmes gerufen und in den dortigen Gastwirtschaften wird man gut aufgehoben sein.

Dippoldiswalde. Die Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei am Freitagabend in der Reichshrone bekundete recht sehr, welche politische Mächtigkeiten in den Wählerkreisen herrscht; nur gegen 30 Personen waren erschienen, in der Hauptsache Parteimitglieder. Der angekündigte Redner, Korvettenkapitän Meppen, war durch Tätigkeit in Schlesien am Erscheinen verhindert, dafür waren als Referenten erschienen der Direktor der preussischen Landwirtschaftskammer von Altrock und der Hauptgeschäftsführer der DVP, Schönrock. Als 1/2 Uhr Gewerbedeputierten Keller die Versammlung eröffnete, gab er seinem Redner über den geringen Besuch Ausdruck, begrüßte die Referenten und erteilte dann dem ersten das Wort. Direktor v. Altrock betonte von vornherein, daß er kein Parteipolitiker sei und sich nicht mit Fragen der hohen Politik beschäftigen, sondern die Frage der Volksernährung, deren Weiterentwicklung und die Brotversorgung behandeln werde, was er für das derzeit Wichtigste für das deutsche Volk halte, was aber auch schwerste Besorgnisse erwecke. Auch die Liebe des Volkes, seine Stellung zum Staat und zur Regierung gehe durch den Magen. Es leide Hunger und die Liebe sinkt. Die Schuld an der schlechten Ernährungslage werde nun leider ganz allgemein der Landwirtschaft aufgebürdet, und doch beklage niemand mehr die Not des Volkes und die ganze traurige Preisgestaltung wie die Landwirtschaft selbst. Unter den vielgestaltigen und vielerlei Angriffen leide aber die Schaffensfreudigkeit des Landwirts und dadurch wieder die Volksernährung. v. Altrock stellte nun Vergleiche zwischen 1913/14, der Kriegszeit und jetzt an. Damals nur 6—7% Bedarf an Auslandsgetreide, nur 1 Kilogramm Kartoffeleinfuhr auf den Kopf, 5—6% Fleischeinfuhr, allerdings eine hohe Futtermittelleinfuhr von 8 Millionen Tonnen im Werte von 1250 Millionen Mark zur Fleischherstellung und für 325 Millionen Mark Schmalz, Fett, Margarine-Rohstoffe. Fett wurde etwa 50% des Bedarfs vom Ausland eingeführt. Während des Krieges Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, Entzug der Arbeitskräfte und Gespanne, Minderung des Schlachtviehbestandes, Fehlen der Düngemittel und Futtermittel. Die schlimmste Folge war aber Rückgang der Produktion, so daß die Landwirtschaft etwa auf den Stand der Vorjahre sank. Nach dem Kriege wurde die Ernährungslage durch die Art der Fortführung der Zwangswirtschaft immer kritischer; dazu verloren wir Pfenzen und Weizen. Während vor dem Kriege für 41 Tage Mehl aus dem Auslande gebraucht wurde, ist das jetzt für 90 Tage nötig. Dazu der schlechte Stand der Mark. Der Vieh- und besonders der Schweinebestand ist um 30% vermindert, obendrein haben die Tiere infolge der Futtermittelnot noch geringeres Schlachtgewicht und ein großer Teil unseres besten Viebes mußte

## Geht zeitig zur Wahl!

Die Wahlzeit bei der am Sonntag stattfindenden Landtagswahl dauert vormittags von 9 bis nachmittags 6 Uhr. Es empfiehlt sich, mit Ausübung des Wahlrechtes nicht bis in die letzten Nachmittagsstunden zu warten, da erfahrungsgemäß bei Schluß der Wahlhandlung ein größerer Andrang von Wählern erfolgt. Nach den Bestimmungen der Landeswahlordnung dürfen nach 6 Uhr nur die Wähler noch zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

## Alle Frauen und Männer über 20 Jahre sind wahlberechtigt!

Am Irrtümer auszusprechen, sei festgestellt, daß alle Männer und Frauen, soweit sie am 5. November das 20. Lebensjahr überschritten haben, wahlberechtigt sind. Niemand veräume am Sonntag seine bürgerliche Ehrenpflicht!

aus Ausland abgegeben werden. Die Milchproduktion ist von 2200 Liter auf 1500 Liter pro Kopf der Bevölkerung und Jahr zurückgegangen. Und wie traurig die Zuckerherstellung ist, spürt jeder selbst. Ein bedeutendes Ausfuhrland, genügt jetzt die ganze Produktion nicht mehr fürs Volk, trotzdem anerkannt werden muß, daß die Landwirtschaft aufs äußerste bestrebt sei, die Produktion zu steigern. Die Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide und der Ruf nach ihrer Einführung bei anderen Produkten sei geradezu freudig, denn jede Zwangswirtschaft hindere die Produktion, schränke den Getreidebau ein, sie sei unmoralisch, weil sie ein Ausnahmegericht darstelle. Dazu geselle sich jetzt eine Agrarkrise in Gestalt einer Kreditnot. Wie Redner später noch ausführte, spare das Kleinbauern und dadurch das Volk zunächst weniger, der größere Grundbesitz aber sei nicht in der Lage, die Gelder für den hohen Dingemittelpreis aufzubringen. Die DVP habe den Standpunkt vertreten, daß eine fühlbare Preisermäßigung auch der Dämmgittelbeschaffung von der Gesamtheit getragen werden müsse, sie sei eingetretet für Erhöhung des Umlagepreises, für Befreiung des Viehes unter 5 Morgen von der Umlage. Die sächsische Regierung aber will an der Zwangswirtschaft festhalten und ist auch gegen Erhöhung des Preises, verlangt auch Kartoffel-Zwangswirtschaft. Alle die traurigen Zustände in der Volksernährung seien den Parteien zu danken, die kein Verständnis für die Landwirtschaft hätten, die immer nur erfüllen wollten und den Notenumlauf steigerten, daß jetzt täglich 3 Milliarden ausgegeben würden. Das bringe die Geldentwertung und hierin liege die Preissteigerung begründet. Weiter aber sei auch ein Rückgang in der Arbeits-Energie festzustellen, traurig seien die Zustände bei Eisenbahn und Post und in den anderen Staatsbetrieben. Und wie im Staate, so sei es auch in den Kommunen; das zeitweise ganz sozialistisch beherrschte Berlin gebe ein sprechendes Beispiel. Ueberall Rückgang der Leistungsfähigkeit, vollendete Mißwirtschaft. Schuld trage die Regierung, die von den Gewerkschaften beeinflusst werde. Wenn uns noch etwas aufrecht erhält, dann sei es die Landwirtschaft. Sie werde auch weiter ihre Pflicht tun und mit gutem Beispiel vorangehen. Retten könne uns aber nur: Aenderung des Friedensvertrags und Londoner Ultimatum, erhebliche Produktionssteigerung durch Mehrarbeit, Verbesserung der Geldverhältnisse, Aufgabe der Papiergelddruckerei, Sparen bei allen Verwaltungsteilen und ordnungsmäßige Wirtschaft in allen Staatsbetrieben. Würden die Wahlen zu einer besseren Zukunft führen. — Der zweite Referent, Geschäftsführer Schönrock, führte aus, daß es bei den kommenden Wahlen um drei Dinge gehe, um die Wirtschaft, um den Staat und um die Kultur. Er bedauerte, daß in solch hartem Kampfe das Völkertum und besonders der Mittelstand in so viel Parteien gespalten sei und ging mit der Wirtschaftspartei arg ins Gericht. Ein Drittel aller Beamten sei nicht in festem Beamtenverhältnis, denn die Sozialdemokratie wolle kein festes Beamtenverhältnis. Amerikanische Verhältnisse könne sich das arme Deutschland aber nicht leisten. Tief bedauerlich sei der Kampf gegen die Kirche und Religion. Die sächsischen Kräfte des Volkes, zusammengesetzt in Kirche und Religion, müßten von Staatswegen gestützt und geschützt werden. Er glaube sicher zu sein, daß mit dem Wachsen der Not auch eine Rückkehr zur Religion eintreten werde. Es sei eine Kulturfrage, wie man in Sachen der Reichsgerichte bezüglich Kirche und Schule verhalte, wie man sich gegen die Weislichkeit verhalte. Die deutsche Intelligenzschicht in allen Berufen stehe auf dem Aussterbe-Etat, die Träger der Kultur lägen am Boden. Die Vernichtung des deutschen Mittelstandes müsse verhindert werden, denn aus ihm wachse die deutsche Intelligenz hervor, aus ihm heraus steige auch der deutsche Arbeiter aufwärts. Ihn zu erhalten, sei auch das Bestreben der DVP. Für die notleidenden Kleinrentner im Reiche habe die Regierung nur 3 Millionen Mark übrig 1/2 Million Mark aber für das Arbeiter-Sporthartell. Ein Hauptpunkt in allem müsse aber unsere auswärtige Politik sein. Die Erfüllungspolitik nehme einen breiten Boden ein. Es könne nicht gehen, zu sagen: kommt und holt. Die Befreiung des Ruhrgebiets würde unsern ganzen Staat und unsere Wirtschaft lahmlegen und vernichten, das wäre Katastrophpolitik. Aber auch der fortgesetzte Ruf: wir können erfüllen, sei verkehrt. Damit habe die Reichsregierung elend Schiffbruch erlitten. Der Mittelweg sei wohl das Richtige. Mit Sachkenntnis und Ausdauer müsse man an die Lösung dieser Frage herantreten, und der erste, der hier Erfolge errungen, sei Stinnes. Sein Abkommen mit Lubersac sei der Anerkennung wert. Unsere auswärtige Politik müsse ein festes Ziel bekommen, das Völkertum starken Einfluß dabei haben. Das aber sei nur möglich im Wege des Kompromisses. Realpolitik müsse getrieben werden, Verantwortungsgefühl auch die Partei haben. Man müsse erhalten, was noch da ist und darauf wieder aufbauen, einen Damm errichten gegen Zerfurchung und Verheerung. Nur das Volk werde die schlimme Zeit überleben, das zum Frieden kommt. Der Feind stehe nicht rechts, nicht links, der Feind stehe draußen. In der Politik gebe es um Weltanschauung, nicht um Gewerkschaftsfragen. Kein Klassenkampf und Klassenhaß, wir brauchen ein nationales Volk. Auf diesen Schlussworten aufbauend, bat Gewerbedeputierten Keller, am kommenden Sonntag nicht nur der eigenen Wahlpflicht zu genügen, sondern auch die Säuglinge zum Wahlgang anzuhalten, worauf Direktor v. Altrock in einem

kurzen Schlusssatz nochmals eine Reihe landwirtschaftlicher Fragen besprach und für ein enges Zusammenarbeiten für Industrie, Landwirtschaft und Handwerk eintrat, der DVP am kommenden Sonntag einen vollen Wahlerfolg wünschte.

Die für gestern Freitagabend von der sozialdemokratischen Partei nach dem Schützenhause einberufene Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, wurde gegen 8 Uhr vom Einberufer Paul Kühnel eröffnet, der sofort dem Referenten, Redakteur Stämpfer-Berlin, das Wort gab. Redner wies eingangs darauf hin, daß kurz nach den sächsischen Wahlen die Parlamentswahlen in England stattfinden, und daß jeder Deutsche, gewiß auch der Rechtsstehende, heute aus voller Ueberzeugung der englischen Arbeiterpartei den Sieg wünsche, weil diese sich für diesen Fall verpflichtet habe, für Herabsetzung der deutschen Reparationslasten auf den in Belgien und Frankreich tatsächlich entstandenen Schäden und für Aufhebung der Besetzung einzutreten. Das allein sei Hilfe für Deutschland. Hier in Sachsen aber kämpften die Rechtsparteien und die Kommunisten gegen den Sieg derselben Arbeiterpartei. Sodann widerlegte er die der sächsischen Regierung in Flugblättern der Rechtspartei gemachten Vorwürfe bezüglich der Freiheit im Lande, eines sozialistischen Beamten-tums, der Ministergehälter, der Schulpolitik, Klassenherrschaft usw. und stellte in allen diesen Punkten Vergleiche an zwischen einst und jetzt. Die sozialdemokratische Partei als solche sei nicht Feind der Religion und Kirche, das beweise das Bestehen eines Pastoren-Vereins innerhalb der Partei. Wenn auch zugugeben sei, daß von Einzelpersonen scharf gegen die Kirche vorgegangen worden sei und vorgegangen werde, so ändere das nichts daran, daß für die Partei Religion Privatsache sei. Den Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten nichts gegen Teuerung, Marksturz usw. getan, wies Redner ebenfalls scharf zurück. Gerade die Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften aller Richtungen arbeiteten ständig an Abhilfe, fänden aber dabei den stärksten Widerstand der Rechtsparteien. Wie jede Arbeit, so auch der Sozialdemokrat auch die des Landwirts. Die Forderung der Umlage sei kein feindsüchtiger Akt gegen diesen, sondern nur ein kleiner Ausgleich zwischen denen, die große Not litten, und jenen, bei denen die Not nur scheinhaft oder doch wenigstens minder groß sei. Wenn wir dem Landwirt nicht alles geben, was er fordert, so liegt es daran, daß die allgemeine Not größer ist als die seine. Wenn die Landwirtschaft von deutsch-nationaler Seite aufgefodert werde, die Umlage nicht abzuführen, so sei das im höchsten Grade unchristlich und Verrat am Volke. Am meisten verärgere man den Sozialdemokraten rechts, daß sie ein harter Schuß der Republik seien. Wie wollten denn die beiden Rechtsparteien die Monarchie wieder aufrichten, da sie doch nicht einmal einen geeigneten Thronkandidaten hätten. Die Deutsch-nationalen hätten den Trennungstrieb zwischen sich und den Deutsch-völkischen heute noch nicht gezogen. Schmer liege den Rechtsparteien der durch Sachsen, Thüringen und Braunschweig gebildete Damm gegen das reaktionäre Bayern, wo übrigens trotz nichtsozialistischer Regierung die Not nicht geringer sei, als bei uns, auf der anderen Seite aber ein Justizmord Tatkunde geworden sei, wie man ihn nicht einmal im kaiserlichen Deutschland erlebt habe (Fechenbach), im Magen. Deshalb ihre Anstrengung um einen Rechts-Sieg in Sachsen. In einem solchen Falle würde es aber werden wie vor 2 Jahren im Reiche: ohne die Sozialdemokraten käme eine Regierung nicht zustande. Eine Koalition sei aber immer nur ein Notbehelf. Eine reaktionäre eingestellte Rechtsregierung würden die sächsischen Arbeiter nicht dulden. Darum wäre es gut, es bliebe wie es ist; oder noch besser, die Sozialdemokraten erhielten allein die Mehrheit, also ohne die Kommunisten. Der Redner schloß mit der Aufforderung, am 5. November den sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Nach kurzer Pause fand eine ausgiebige Debatte statt, aus der einiges kurz wiedergegeben sei. Sup. Michael führte aus, in Parteifragen mische er sich nicht, er suche sich aber die Parteien zu stellen, und erinnere an die Mahnung Eren Hedins an das deutsche Volk zur Einigkeit, ohne die es aus der Not nicht herauskomme. Man solle doch ernstlich versuchen, zu möglicher Einigkeit zu kommen. Er belegte dann an Beispielen, daß von Sozialdemokraten kirchlich gesinnte Arbeiter terrorisiert würden, und daß, doch endlich Ernst zu machen mit dem Programmpunkt: Religion ist Privatsache! und nicht früher etwa begangenes Unrecht heute umgekehrt nachzumachen. An der Spitze des Kultusministeriums stehe ein Mann, durch den die Kirche sich verweigert fühle, aber auch die Elternschaft durch die Eingriffe der Schule, die doch heute noch eine christliche sei. Dazu befänden sich heute viele Geistliche in bitterster Not, weil sie ihr Gehalt nur zum Teil erhalten könnten infolge der finanziellen Maßnahmen der Regierung. Er bat um Gerechtigkeit und Freiheit auch für die Kirche. Setzmacher sagte der katholischen Kirche Wahlbeeinflussung nach und der Kirche im allgemeinen, daß sie über den Parteien nicht gestanden habe. Religionsunterricht müsse außerhalb der Schule gegeben werden. Erfurth führt aus, daß die Arbeiter der Kirche heute um deswillen fernstehen, weil die Kirche es nie verstanden habe, eine Volkskirche zu sein, sogar gegen die Arbeiter Front machte bei deren Bemühen um Verbesserung ihrer Lage. Er verteidigt den Standpunkt der sächsischen Regierung in Schulfragen. Sup. Michael bittet, das Tun der katholischen Kirche unserer Kirche nicht zur Last zu legen, und weist den Vorwurf zurück, sie habe die Arbeiter am Aufstieg gehindert, worauf Stadtrat Voigt konstatiert, daß 1910 und 1911, als hier Streiks ausgebrochen waren, der damalige Superintendent von der Kanzel herab über die Begehrlichkeit der Arbeiter gesprochen habe. Seine Frage, wie die Kirche ihren Kampf gegen die jetzige Regierung in Uebereinstimmung mit ihrer Forderung bringe, der Obrigkeit untertan zu sein, beantwortet Sup. Michael dahin, daß man, wenn auch mit schwerem Herzen, nach diesem Wort handle. Die Kritik müsse aber doch auch einem Geistlichen zustehen. Die Kirche könne sich unter jeder Staatsform wohl fühlen. In seinem Schlusssatz ging der Referent besonders noch einmal auf die Religionsfrage ein und meinte, Uebergriffe und Ausschreitungen einzelner seien in jeder Richtung vorgekommen. Solange die meisten Amtsbrüder des Superintendenten noch die falsche, feindselige Stellung gegenüber den Sozialdemokraten einnehmen, solle er sich nicht wundern, wenn letztere wenig von der Kirche wissen wollen. Zeige die Geistlichkeit Bereitwilligkeit, das Verhältnis zu ändern — bei der Sozialdemokratie sei es verbunden —, so könne man schließlich zu dem Zusammenarbeiten